

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

128 (28.10.1947)

UN: Mc Neil contra Andrej Wyschinski

„Angriffe auf die ‚Kriegstreiber‘ vergiften die Atmosphäre“ — Die sowjetische Delegation lehnt die englische Auffassung ab

New York, 27. Okt. (Dena-Reuters). Die französische Delegation brachte am 24. d. Mts. im politischen Ausschuss eine neue Resolution über „Kriegstreiber“ ein, in der die Vollversammlung aufgefordert wird, alle Versammlungen und jegliche Propaganda in allen Ländern und in allen Formen, die zu einer Bedrohung des Friedens führen, zu verurteilen.

Der türkische Delegierte Selim Sarper beschuldigte im Verlauf des Debates die sowjetische Presse der Kriegstreiber und hat die UN Schritte zu unternehmen, um der sowjetischen Presse Einhalt zu gebieten. Sarper wandte sich gegen den sowjetischen Resolutionsentwurf, in der die USA die Türkei und Griechenland der Kriegstreiber beschuldigt werden und zitierte über ein Dutzend Erklärungen von Radio Moskau aus der „Iswestija“, der „Prawda“ und anderen offiziellen sowjetischen Pressorganen, die die Türkei angegriffen haben.

Der sowjetische Delegierte Andrej Wyschinski griff in Beantwortung der Ausführungen Sarpers die Türkei scharf an und wies Dokumente vor, mit denen er beweisen wollte, daß die Türkei während des zweiten Weltkrieges antisowjetische Ansichten vertrat und mit deutscher Hilfe eine Anektion sowjetischen Territoriums erhoffte.

Der UN-Wirtschaftsausschuß billigte mit überwältigender Mehrheit eine Empfehlung, wonach der Wirtschafts- und Sozialrat die Bildung einer Wirtschaftskommission für den Mittleren Osten prüfen soll. Die Sowjetunion weigerte sich an der Abstimmung teilzunehmen. Die Mitgliedstaaten Italiens und Österreichs für die internationale Zivilwirtschaftskommission (ICAO) wurden von dem UN-Wirtschaftsausschuß gebilligt.

Südafrika wandte sich in der Samstag-Sitzung des Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung gegen die sowjetische Resolution über „Kriegstreiber“.

Der ukrainische Delegierte Manulsky warf dem südafrikanischen Delegierten vor, daß sich der südafrikanische Premierminister Smuts über die Empfehlung der letzten Vollversammlung gegen russische Diskriminierung lustig gemacht habe.

Der brit. Delegierte Hector McNeil erklärte, die sowjetischen Delegierten hätten durch ihre Angriffe auf die „Kriegstreiber“ die „Atmosphäre vergiftet“. Es sei unangebracht, daß Großmächte in der Art, wie die Sowjetunion es am Vortage mit der Türkei getan habe, kleinere Mächte angreifen, wodurch schon bestehende Mißverständnisse noch verstärkt würden. Großbritannien sei im Besitz von Dokumenten des deutschen Außenministeriums, die es — jedoch nur bei einer außerordentlichen Provokation und dann bestimmt nicht ohne vorherige Warnung — benutzen könne. McNeil forderte den sowjetischen Delegierten zu einer Definierung des Wortes „Kriegstreiber“ auf. Er zitierte die Rede von Aussprüchen Molotows in Bezug der sowjetische Außenminister die Alliierten u. a. als „rasende Kriegstreiber“ bezeichnet hatte. Die sowjetische Definition des Begriffes „Kriegstreiber“ ändere sich scheinbar mit der Jahreszeit.

Andrej Wyschinski erwiderte McNeil, die Sowjetunion nehme mit großem Interesse von seiner Drohung Kenntnis, daß die britische Regierung gewisse Dokumente besitze, die sie, wenn sie dazu herausgefunden werde, gegen die Sowjetunion verwenden könne. „Wir werden uns das merken“, sagte Wyschinski. Der sowjetische Delegierte lehnte es ab, auf die von McNeil geforderte Definition einzugehen und fragte den britischen Delegierten, warum diese keine besondere Resolution als die sowjetische einbringe.

Der Vorschlag zur Bildung eines UN-Territausschusses, der sich mit dem Entwur-

Schwere Kämpfe in Griechenland

Athen, 27. Okt. (AP) Im Pindus-Gebirge und im Epirus sind erbitterte Kämpfe zwischen etwa zehntausend Mann starken Guerillastreitkräften und den griechischen Regierungstruppen im Gange, wie die Athener Presse am Montag berichtet.

Theodor Plivier stellt richtig

München, 27. Okt. (Dena). Theodor Plivier, der Verfasser des Romanes „Stalingrad“, dementierte am 24. d. Mts. in einer Pressekonferenz vor amerikanischen Journalisten ein in der holländischen Zeitung „Het Vrije Volk“ abgedrucktes Interview.

Als ein Schriftsteller verwehre er sich gegen jede Begrenzung und gegen jede „Antistellung“. „Ich bin hierher gekommen“, sagte Plivier, „weil ich im Westen mit einer Bevölkerung von sieben Millionen Deutschen und dem größten und aktivsten Teil der deutschen Jugend, die sich hier gesammelt hat, Anschluß an den großen Haufen habe und mich an der Verantwortung beteiligen, sondern vor dem Vorhang und in einem Land mit offenen Türen in alle Welt leben will.“ Theodor Plivier betonte, daß er niemals Kommunist gewesen sei und niemals an den autoritären Sozialismus geglaubt habe.

Regierung von Württemberg-Baden ruft die Wirtschaft zur Hilfe auf

Stuttgart, 27. Okt. (Dena). In einem Aufruf an die Wirtschaft des Landes fordert die württembergisch-badische Regierung alle Betriebe der Industrie und des Handwerks auf, Produktionsmittel zu melden, die ohne nachhaltige Störung der Eigenproduktion zur Verfügung gestellt werden können, um Ersatz für die zur Demontage vorgesehenen Maschinen zu schaffen.

Weiter heißt es, die Hilfe müsse schnell erfolgen, da das Wirtschaftsministerium der Militärregierung den Austausch bis zum nächsten Donnerstag vorschlagen müsse und die Frist nach ausdrücklicher Mitteilung der Besatzungsbehörden nicht verlängert werden könne. Wer den betroffenen Betrieben hilft, so schließt der Aufruf, hilft der Wirtschaft des Landes und damit sich selbst.

Schumacher gegen die Demontage

New York, 27. Okt. (Dena-Reuters). Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wandte sich im Namen der deutschen Sozialisten am Samstag gegen die Demontage der deutschen Industriebetriebe.

Keine Ausschaltung Deutschlands

Lord Pakenham zum Industrie- u. Demontageplan - „Kein Racheakt Englands“

Düsseldorf, 27. Okt. (Dena). Der Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, Lord Francis A. Pakenham, wandte sich am 25. d. Mts. in einer Rede vor der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sowie Vertretern der Parteien, Gewerkschaften und der Presse energisch gegen die Unterstellung, daß der Demontageplan einen Racheakt Großbritanniens gegen Deutschland darstelle oder gar die Ausschaltung Deutschlands als Handelskonkurrent auf dem Weltmarkt bedeute.

Dem Industrieplan, so führte Lord Pakenham im einzelnen aus, liege die Rechnung zugrunde, daß die Ausfuhr aus der Bizone im Jahre 1951 um 15 Prozent höher sein müsse als 1936. Der Gedanke, aus Deutschland einen Agrarstaat zu machen, sei, wenn er überhaupt jemals gekehrt wurde, gänzlich fallen gelassen worden. Was den Demontageplan anbetraf, sei dieser weder aus Rache noch aus Böslichkeit oder mit der Absicht aufgestellt worden, Deutschland als Handelskonkurrent auszuschalten. Es solle lediglich die wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands und irgendein anderes Land noch einmal unter einer Welttrügde zu leiden haben.

Lord Pakenham hob hervor, daß seiner Ansicht nach die Demontage die deutsche Industrie weder zerschlagen noch angeseht werden würde. Lord Pakenham vertrat den Standpunkt, daß der Verlust des „Rohstoffes im Osten“ für Deutschland wesentlich schwerer sei, als die durch die Demontage bedingten Verluste werden würden. England werde sich für die Außenministerkonferenz im November energischer noch als je zuvor für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands einsetzen.

Der britische Minister rief den Deutschen zu, sich die richtige innere Einstellung zur Beurteilung des Demontageplanes und der Reparationen anzueignen und sich von dieser Grundlage aus wieder

Präsident Truman gibt Aufklärung über die Sondersitzung des Kongresses

Das Kohle-Export-Abkommen tritt nunmehr in Kraft

Bad Nauheim, 27. Okt. (Dena) Da die Kohlenförderung der drei Westzonen Deutschlands jetzt täglich die 280 000 t-Grenze überschritten hat, tritt, wie BBC am Samstag meldete, das im April d. J. zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Kohle-Export-Abkommen nunmehr in Kraft.

Die Leitung der einzelnen Bergwerke wird deutschen Fachleuten übertragen werden. Ausgenommen davon sind nur diejenigen Gruben, deren Aktienmehrheit im ausländischen Besitz ist. Großbritannien und die USA haben die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande aufgefordert, für diejenigen Ruhrgruben, deren Aktienmehrheit sich im Besitz ihrer Staatsangehörigen befindet, Direktoren zu benennen. Wie weiter verlautet, dürften etwa 12-16 ausländische Direktoren zugelassen werden.

Bekämpfung der Inflation in USA, von Hunger und Kälte in Europa

Washington, 27. Okt. (Dena-Oans). Präsident Truman am 24. d. Mts. in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk seine Gründe für die Einberufung einer Sondersitzung des amerikanischen Kongresses.

Einer der Gründe für diesen Schritt, sagte Präsident Truman, sei die Notwendigkeit der Übernahme eines größeren Anteils der Verantwortung durch die amerikanische Regierung, um den Überpreisen und den sie begleitenden Gefahren ein Ende zu bereiten. Der Hunger, die Kälte und das menschliche Leiden im Ausland seien ein weiterer Anlaß für die Einberufung des Kongresses gewesen.

„Wenn wir unseren Fortschritt bei der Verfolgung unserer Ziele abwägen und den vor uns liegenden Weg aufzeichnen“, erklärte der Präsident, „dann stellen wir fest, daß die Ereignisse der letzten Zeit neue und gefährliche Hindernisse auf unserem Weg geschaffen haben. Der Wohlstand in unserem Lande ist durch die Drohung der Inflation gefährdet und der Friede der Welt durch Hunger und Kälte im Ausland bedroht. Diese Hindernisse müssen durch schnelles und mutiges Handeln überwunden werden.“

Der Hauptgrund für die hohen Preise in den USA, führt Präsident Truman fort, sei die große Nachfrage der amerikanischen Bevölkerung nach vorhandenen Verbrauchsgütern. Diesem Problem könne nur durch eine Angleichung der Preise an das Einkommen der Bevölkerung entgegengetreten werden.

Wenn der Kongreß zusammentritt, werde er, Truman, ein Programm zur Bekämpfung der Inflation, der hohen Preise und überhöhten Lebenshaltungskosten empfehlen.

Die Gefahren des Hungers und der Kälte in Europa machen diesen Winter zu einer entscheidenden Zeit in der Geschichte. Wenn die europäischen Nationen ihren Wiederaufbau fortsetzen sollen, dann müssen sie durch diesen Winter kommen, ohne durch eine wirtschaftliche Lähmung und dem sich daraus ergebenden Chaos heimgesucht zu werden.

Die drohendste Gefahr bestehe in Frankreich und Italien. Frankreich werde bis zum 31. März kommenden Jahres 357 Millionen Dollar und Italien bis zum 31. Dezember 1947—342 Millionen Dollar benötigen. Für das erste Quartal des Jahres 1948 werden die Italiener noch eine zusätzliche Summe von 143 Millionen Dollar brauchen. Die Vereinigten Staaten sehen sich ferner in den besetzten Gebieten Deutschlands, Japan und Korea — ersten Schwierigkeiten gegenüber, zu deren Überwindung zusätzlich Geldmittel benötigt werden müssen.

All diese Maßnahmen des Kongresses, sagte Truman, könnten nicht bis Januar hinausgeschoben werden. Durch die Einberufung des Kongresses für den 17. November werde aber in keiner Weise die Notwendigkeit einer recht umfassenden Durchführung des freiwilligen Programms zur Einsparung von Lebensmitteln in den USA verringert.

Die Menschen Europas werden in diesem Winter selbst mit der vorgeschlagenen Hilfe der USA mit kärglichen Rationen auskommen müssen, frieren und viele notwendige Güter entbehren, wenn die amerikanische Hilfe werde für die freien Völker Europas die endgültige Versicherung einer fortgesetzten Unterstützung durch die Vereinigten Staaten sein. Die Lösung der zwei Probleme — die hohen Preise in den USA sowie der Hunger und die Kälte im Ausland — ist die gegenwärtige Forderung an das amerikanische Volk. Wenn Amerika rechtzeitig wirksame Maßnahmen ergreife, dann könne der Inflation in den USA, dem Hunger und der Kälte im Ausland Einhalt geboten und den fremden Nationen geholfen werden, wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu kommen.

„Es liegt in unserer Macht“, erklärte Präsident Truman abschließend, „die Welt zu Frieden und Wohlstand zu führen.“

Präsident Truman begann am 25. Okt. mit der Ausarbeitung des Plans, den er am 17. November während der Sondersitzung des amerikanischen Kongresses zur Lösung der amerikanischen Preisprobleme und der Auslandshilfe vorlegen wird. Truman wird wahrscheinlich persönlich vor dem Kongreß erscheinen und sein Programm bekanntgeben.

USA-Senatoren gegen Reparationsplan

Deutschland muß ermöglicht werden, auf eigenen Füßen zu stehen

Washington, 27. Okt. (Dena) Die Mehrzahl der Zeit in Deutschland weilenden Mitglieder des Haushaltsausschusses des amerikanischen Senats sprach sich hier am 24. d. Mts. in einer Pressekonferenz vor deutschen und alliierten Pressevertretern gegen die Durchführung des für die amerikanische und britische Zone vorgesehenen Reparationsplanes aus.

Es sei absolut unwirtschaftlich, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Styles Bridges, Hunderte von Millionen Dollars für den Anlauf der deutschen Wirtschaft zu verwenden und zur gleichen Zeit Produktionsmittel zu zerstören, die es Deutschland ermöglichen würden, sich selbst zu versorgen.

Wenn auch der Ausschuß das Problem der Reparationsentscheidungen gewöhnlich lediglich vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Europahilfe betrachtet habe, sei er sich doch des Rechtes der alliierten Länder auf Reparationsleistungen aus Deutschland bewußt, führte er weiter aus. Er sei jedoch offensichtlich, daß die USA infolge der bisher durchgeführten Hilfsmaßnahmen ein Interesse daran haben, Deutschland wieder auf eigene Füße zu stellen.

Die im Reparationsplan vorgesehene Schmelze von Seifenfabriken könne er auf keine Weise mit dem Kriegspotential in Verbindung bringen. Es sei seiner Ansicht nach erforderlich, daß die Demon-

USA-Senatoren gegen Reparationsplan

Deutschland muß ermöglicht werden, auf eigenen Füßen zu stehen

Washington, 27. Okt. (Dena) Die Mehrzahl der Zeit in Deutschland weilenden Mitglieder des Haushaltsausschusses des amerikanischen Senats sprach sich hier am 24. d. Mts. in einer Pressekonferenz vor deutschen und alliierten Pressevertretern gegen die Durchführung des für die amerikanische und britische Zone vorgesehenen Reparationsplanes aus.

Es sei absolut unwirtschaftlich, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Styles Bridges, Hunderte von Millionen Dollars für den Anlauf der deutschen Wirtschaft zu verwenden und zur gleichen Zeit Produktionsmittel zu zerstören, die es Deutschland ermöglichen würden, sich selbst zu versorgen.

Wenn auch der Ausschuß das Problem der Reparationsentscheidungen gewöhnlich lediglich vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Europahilfe betrachtet habe, sei er sich doch des Rechtes der alliierten Länder auf Reparationsleistungen aus Deutschland bewußt, führte er weiter aus. Er sei jedoch offensichtlich, daß die USA infolge der bisher durchgeführten Hilfsmaßnahmen ein Interesse daran haben, Deutschland wieder auf eigene Füße zu stellen.

Die im Reparationsplan vorgesehene Schmelze von Seifenfabriken könne er auf keine Weise mit dem Kriegspotential in Verbindung bringen. Es sei seiner Ansicht nach erforderlich, daß die Demon-

Amerikanische u. deutsche Behörden besprechen Ernteschätzungen

Buchen (Odenwald), 27. Okt. (Dena) Die Differenzen zwischen den Ernteschätzungen der amerikanischen Militärregierung und des Landwirtschaftsministeriums von Württemberg-Baden wurden am 24. d. Mts. in einer „round-table-Konferenz“ besprochen, an der der Direktor der Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung von Württemberg-Baden, Paul Taggart, der Landwirtschaftsminister Heinrich Stöck sowie weitere Vertreter der deutschen und amerikanischen Dienststellen teilnahmen.

Minister Stöck erklärte im Laufe der Konferenz, daß er keine Verantwortung für eine Erhöhung der Ablieferungsquote von Brotgetreide übernehmen könne. Mr. Taggart vertrat die Ansicht, daß das von den deutschen Landwirtschaftsbehörden angegebene Ablieferungsquantum im Vergleich zu den amerikanischen Überprüfungen als zu niedrig anzusehen ist.

Die Konferenzteilnehmer konnten keine endgültige Übereinstimmung erzielen. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß auf einer in Kürze in Goppingen stattfindenden Besprechung weitere Fortschritte erzielt werden können. Mr. Taggart erklärte einem Dena-Vertreter, daß sich die deutschen Behörden bei ihren Ernteschätzungen sicherlich Mühe gegeben hätten, jedoch habe er zuweilen den Eindruck, daß sie gewisse Getreidemengen der gesetzlichen Ablieferung entziehen wollten.

de Gaulle Sieger in den Nachwahlen

Der General fordert Parlamentsauflösung und Neuwahlen

Paris, 27. Okt. (Dena-Reuters). Von den rund 2000 Gemeinderäten, die bei den Nachwahlen am Sonntag in etwa 500 französischen Wahlbezirken gewählt wurden, waren über 50 Prozent Kandidaten der Mitte oder der Rechten, die kommunistischen Kandidaten konnten bisher knapp 13 Prozent der Sitze für sich buchen. Einen überwältigenden Erfolg erlangte die RPF de Gaulles bei den Gemeinderatswahlen im Departement Moselle, wo sie in 26 Bezirken von insgesamt 292 Gemeinderatsitzen 95 erreichten konnte, während die Kommunisten nur zwei errangen.

Die Bürgermeisterwahlen, die neben den Nachwahlen für die Gemeinderäte von den bereits am vergangenen Sonntag gewählten Gemeinderäten durchgeführt wurden, haben nach vorläufigen Ergebnissen den Rechtsruck und die Stimmenabnahme der Kommunisten in Frankreich verstärkt.

In vielen Fällen wurden die sozialistischen Bürgermeister mit Unterstützung der Vertreter der de Gaulle-Partei gewählt.

Aus den vom französischen Innenministerium am Montag veröffentlichten Wahlergebnissen der letzten beiden Sonntage geht hervor, daß die Kommunisten nur noch in 105 Stadträten gegenüber 242 vor den Wahlen, die Mehrheit haben.

Dieser Erfolg erfolgte in 1130 Ortschaften mit je über 4000 Einwohnern. Die französische Volksunion General de Gaulles gewann in diesen Gemeinden unabhängig 94 und in Verbindung mit anderen Parteienkoalitionen weitere 216 Gemeinderatsitze.

Die bisher vorliegenden Resultate der Wahl der Stadträte in den einzelnen französischen Städten und Gemeinden, die sich auf Grund der an den beiden letzten Sonntagen durchgeführten Wahlen ergeben, zeigen abgerundet folgendes Bild: Sozialisten 15 000 Stadtratsitze, französische Volksunion 10 000, Kommunisten 6 500, Radikale und linksgerichtete Unabhängige 9 000, Radikalsocialisten und Vereinigung der Linken 12 500, MRP 6 240 und andere 5 000 Sitze.

General de Gaulles Forderung

General Charles de Gaulle, der 57-jährige Leiter der Französischen Volksunion, die auch am zweiten Wahlsontag bei den französischen Gemeinderatswahlen be-

Alfred Loritz meldet sich wieder

München, 27. Okt. (Dena). Ein weiterer Eilbrief des ehem. bayerischen Sonderministers Alfred Loritz, von dessen Rückkehr der Münchener Kriminalnachrichtendienst bis heute jede Spur fehlt, ging am 25. d. Mts. im Münchener Büro der Dena ein.

In dem Schreiben, das mit „München, den 24. Oktober“ datiert ist und am gleichen Tage in einem Münchener Postamt abgestempelt wurde, greift Loritz unter anderem die Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Hans Ehard an und beschuldigt diesen weiter, wissenschaftlich zu haben, daß er (Loritz) durch falsche Zeugnisse im Gefängnis gebracht worden sei. Dr. Ehard habe diese Haltung eingenommen, weil er gewußt habe, daß Loritz das gesamte Material

Alfred Loritz meldet sich wieder

München, 27. Okt. (Dena). Ein weiterer Eilbrief des ehem. bayerischen Sonderministers Alfred Loritz, von dessen Rückkehr der Münchener Kriminalnachrichtendienst bis heute jede Spur fehlt, ging am 25. d. Mts. im Münchener Büro der Dena ein.

In dem Schreiben, das mit „München, den 24. Oktober“ datiert ist und am gleichen Tage in einem Münchener Postamt abgestempelt wurde, greift Loritz unter anderem die Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Hans Ehard an und beschuldigt diesen weiter, wissenschaftlich zu haben, daß er (Loritz) durch falsche Zeugnisse im Gefängnis gebracht worden sei. Dr. Ehard habe diese Haltung eingenommen, weil er gewußt habe, daß Loritz das gesamte Material

KPD-Bayern greift Ehard an

München, 27. Okt. (Dena). Als „Stilichein der reaktionären Gruppen des Besitzbürgertums“ bezeichnete der Landesvorsitzende der KPD Bayerns, Fritz Sperling, die Regierung Dr. Ehard am 26. d. Mts. auf der zweiten öffentlichen Sitzung der Fraktion der KPD außerhalb des bayerischen Landtages. In mehreren Referaten wurde zur Regierungserklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Stellung genommen. Rich. Scheuringer erklärte, der moralische Appell Dr. Ehard stelle eine „Lächerlichkeit“ dar und bedeute für das Volk die Aufforderung, „in strammer Haltung zu verhungern“.

Köln. Der bisherige Vorstand des Hauptausschusses der CDU in der britischen Zone wurde nach einer Mitteilung der CDU-Zonenleitung in Köln am Sonntag von der Vollversammlung des CDU-Zonen-Ausschusses in Linen einstimmig wiedergewählt. Erster Vorsitzender des neuen Vorstandes ist Dr. Konrad Adenauer Köln, zweiter Vorsitzender Dr. Friedrich Holzappel, Herford. (Dena-PPD)

Düsseldorf. Die KPD der britischen Zone fordert nach einer Mitteilung ihres Vorsitzenden Max Reimann vom 25. d. Mts. eine gemeinsame Beratung aller Parteien, Gewerkschaften und demokratischen Organisationen, um den deutschen Standpunkt zur Frage des deutschen Staatsaufbaues auszuarbeiten und dann später der Londoner Konferenz vorgelegt werden soll. (Dena)

Berlin. Die LDP der Sowjetzone hat im Hinblick auf die Londoner Konferenz ihre Erwartungen an einen zukünftigen deutschen Friedensvertrag in einem Programm zusammengefaßt, das dem Alliierten Konvent übergeben werden soll. Das Programm enthält zehn Punkte für „Sofortmaßnahmen zur Behebung der deutschen Not“. (Dena)

Kurtz beleuchtet

Das in Moskau in der zweiten Aprilhälfte zwischen den drei Westmächten abgeschlossene Kohle-Export-Abkommen sieht eine von 21 auf 25 Prozent gleitende Exportskala mit einer Kohlenzuweisung vor. Die zu erfüllende Voraussetzung für das Inkrafttreten war eine Tagesförderung von 250 000 t ansteigend bis auf 370 000 t einschließlich der Saar-Förderung und der Braunkohlenenergie. Diese Voraussetzung ist nun erfüllt, zum Teil durch die Care-Pakete-Aktion und die Ruhrfreiwilligen-Werbung. Die Ansprüche Frankreichs in Hinblick auf die geforderten Kohlelieferungen sind nach Pariser Meldungen anscheinend berücksichtigt worden, während gewissermaßen im Austausch gegen den deutschen Kohlenverwaltungsamt eine recht umfassende Verantwortung zugestanden worden ist. Auf die Gefahr hin, unpopulär zu sein, muß dazu gesagt werden, daß Deutschland ausführen muß, um u. a. Nahrungsmittel bezahlen zu können, daß Deutschland keine Insel ist, sondern mitten in Europa steht, das sich nur durch die gemeinsame Anstrengung aller seiner Gildestaaten aus dieser Not emporarbeiten kann. H. F.

Im Telegrammstil

Washington. Amerikanische Regierungskreise sind der Ansicht, daß die Regierung den Kongreß auf der Sondersitzung am 17. November einberufen wird, um den dringenden Bedürfnissen der Welt zu begegnen. (Dena-DNS)

Washington. John Taber, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 24. d. Mts. im Anschluß an eine Besprechung mit Präsident Truman, der Ansicht werde nicht eher zusammenzutreten, bis ihm genaue Zahlenangaben über die Soforthilfe an Europa bekannt seien. (Dena-INS)

Rio de Janeiro. Der brasilianische Präsident Enrico Gaspar Dutra forderte am 24. d. Mts. in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von rund 100 000 Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. (Dena)

London. Mario de Pimentel-Brandao, der vor kurzem oberflächliche brasilianische Schlichter in der Sowjetunion, ist von Sowjetbeamten in „Schutzhaft“ genommen worden. (Dena-INS)

Warschau. Maßgebliche Vertreter der polnischen Bauernpartei bestätigten am 26. d. Mts. die Flucht ihres Vorsitzenden und ehemaligen Prominenten der polnischen Exil-Regierung während des Krieges, Stanislaw Mikolajczyk in das Ausland. (Dena-Reuters)

Wien. Der österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schaeffl befürwortete am 25. d. Mts. eine zentralgeleitete Republik an Stelle des gegenwärtigen österreichischen Bundesstaates. (Dena-Reuters)

Wien. Der sowjet. Vertreter beim Alliierten Kontrollrat für Österreich hat in der Sitzung des Rats am 24. d. Mts. den von drei anderen Besatzungsmächten eingebrachten Vorschlag zur Abschaffung der gesamten Zensur in Österreich abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Maßnahme verfehlt sei. (Dena)

Kairo. Die britischen Truppen besetzten nach einer offiziellen Bekanntgabe des britischen Hauptquartiers im Mittleren Osten

Im Telegrammstil

Washington. Amerikanische Regierungskreise sind der Ansicht, daß die Regierung den Kongreß auf der Sondersitzung am 17. November einberufen wird, um den dringenden Bedürfnissen der Welt zu begegnen. (Dena-DNS)

Washington. John Taber, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 24. d. Mts. im Anschluß an eine Besprechung mit Präsident Truman, der Ansicht werde nicht eher zusammenzutreten, bis ihm genaue Zahlenangaben über die Soforthilfe an Europa bekannt seien. (Dena-INS)

Rio de Janeiro. Der brasilianische Präsident Enrico Gaspar Dutra forderte am 24. d. Mts. in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von rund 100 000 Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. (Dena)

London. Mario de Pimentel-Brandao, der vor kurzem oberflächliche brasilianische Schlichter in der Sowjetunion, ist von Sowjetbeamten in „Schutzhaft“ genommen worden. (Dena-INS)

Warschau. Maßgebliche Vertreter der polnischen Bauernpartei bestätigten am 26. d. Mts. die Flucht ihres Vorsitzenden und ehemaligen Prominenten der polnischen Exil-Regierung während des Krieges, Stanislaw Mikolajczyk in das Ausland. (Dena-Reuters)

Wien. Der österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schaeffl befürwortete am 25. d. Mts. eine zentralgeleitete Republik an Stelle des gegenwärtigen österreichischen Bundesstaates. (Dena-Reuters)

Wien. Der sowjet. Vertreter beim Alliierten Kontrollrat für Österreich hat in der Sitzung des Rats am 24. d. Mts. den von drei anderen Besatzungsmächten eingebrachten Vorschlag zur Abschaffung der gesamten Zensur in Österreich abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Maßnahme verfehlt sei. (Dena)

Kairo. Die britischen Truppen besetzten nach einer offiziellen Bekanntgabe des britischen Hauptquartiers im Mittleren Osten

Im Telegrammstil

Washington. Amerikanische Regierungskreise sind der Ansicht, daß die Regierung den Kongreß auf der Sondersitzung am 17. November einberufen wird, um den dringenden Bedürfnissen der Welt zu begegnen. (Dena-DNS)

Washington. John Taber, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 24. d. Mts. im Anschluß an eine Besprechung mit Präsident Truman, der Ansicht werde nicht eher zusammenzutreten, bis ihm genaue Zahlenangaben über die Soforthilfe an Europa bekannt seien. (Dena-INS)

Rio de Janeiro. Der brasilianische Präsident Enrico Gaspar Dutra forderte am 24. d. Mts. in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von rund 100 000 Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. (Dena)

London. Mario de Pimentel-Brandao, der vor kurzem oberflächliche brasilianische Schlichter in der Sowjetunion, ist von Sowjetbeamten in „Schutzhaft“ genommen worden. (Dena-INS)

Warschau. Maßgebliche Vertreter der polnischen Bauernpartei bestätigten am 26. d. Mts. die Flucht ihres Vorsitzenden und ehemaligen Prominenten der polnischen Exil-Regierung während des Krieges, Stanislaw Mikolajczyk in das Ausland. (Dena-Reuters)

Wien. Der österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schaeffl befürwortete am 25. d. Mts. eine zentralgeleitete Republik an Stelle des gegenwärtigen österreichischen Bundesstaates. (Dena-Reuters)

Wien. Der sowjet. Vertreter beim Alliierten Kontrollrat für Österreich hat in der Sitzung des Rats am 24. d. Mts. den von drei anderen Besatzungsmächten eingebrachten Vorschlag zur Abschaffung der gesamten Zensur in Österreich abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Maßnahme verfehlt sei. (Dena)

Kairo. Die britischen Truppen besetzten nach einer offiziellen Bekanntgabe des britischen Hauptquartiers im Mittleren Osten

Im Telegrammstil

Washington. Amerikanische Regierungskreise sind der Ansicht, daß die Regierung den Kongreß auf der Sondersitzung am 17. November einberufen wird, um den dringenden Bedürfnissen der Welt zu begegnen. (Dena-DNS)

Washington. John Taber, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 24. d. Mts. im Anschluß an eine Besprechung mit Präsident Truman, der Ansicht werde nicht eher zusammenzutreten, bis ihm genaue Zahlenangaben über die Soforthilfe an Europa bekannt seien. (Dena-INS)

Rio de Janeiro. Der brasilianische Präsident Enrico Gaspar Dutra forderte am 24. d. Mts. in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von rund 100 000 Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. (Dena)

London. Mario de Pimentel-Brandao, der vor kurzem oberflächliche brasilianische Schlichter in der Sowjetunion, ist von Sowjetbeamten in „Schutzhaft“ genommen worden. (Dena-INS)

Warschau. Maßgebliche Vertreter der polnischen Bauernpartei bestätigten am 26. d. Mts. die Flucht ihres Vorsitzenden und ehemaligen Prominenten der polnischen Exil-Regierung während des Krieges, Stanislaw Mikolajczyk in das Ausland. (Dena-Reuters)

Wien. Der österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schaeffl befürwortete am 25. d. Mts. eine zentralgeleitete Republik an Stelle des gegenwärtigen österreichischen Bundesstaates. (Dena-Reuters)

Wien. Der sowjet. Vertreter beim Alliierten Kontrollrat für Österreich hat in der Sitzung des Rats am 24. d. Mts. den von drei anderen Besatzungsmächten eingebrachten Vorschlag zur Abschaffung der gesamten Zensur in Österreich abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Maßnahme verfehlt sei. (Dena)

Kairo. Die britischen Truppen besetzten nach einer offiziellen Bekanntgabe des britischen Hauptquartiers im Mittleren Osten

Im Telegrammstil

Washington. Amerikanische Regierungskreise sind der Ansicht, daß die Regierung den Kongreß auf der Sondersitzung am 17. November einberufen wird, um den dringenden Bedürfnissen der Welt zu begegnen. (Dena-DNS)

Washington. John Taber, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 24. d. Mts. im Anschluß an eine Besprechung mit Präsident Truman, der Ansicht werde nicht eher zusammenzutreten, bis ihm genaue Zahlenangaben über die Soforthilfe an Europa bekannt seien. (Dena-INS)

Rio de Janeiro. Der brasilianische Präsident Enrico Gaspar Dutra forderte am 24. d. Mts. in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von rund 100 000 Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. (Dena)

London. Mario de Pimentel-Brandao, der vor kurzem oberflächliche brasilianische Schlichter in der Sowjetunion, ist von Sowjetbeamten in „Schutzhaft“ genommen worden. (Dena-INS)

Warschau. Maßgebliche Vertreter der polnischen Bauernpartei bestätigten am 26. d. Mts. die Flucht ihres Vorsitzenden und ehemaligen Prominenten der polnischen Exil-Regierung während des Krieges, Stanislaw Mikolajczyk in das Ausland. (Dena-Reuters)

Wien. Der österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schaeffl befürwortete am 25. d. Mts. eine zentralgeleitete Republik an Stelle des gegenwärtigen österreichischen Bundesstaates. (Dena-Reuters)

Wien. Der sowjet. Vertreter beim Alliierten Kontrollrat für Österreich hat in der Sitzung des Rats am 24. d. Mts. den von drei anderen Besatzungsmächten eingebrachten Vorschlag zur Abschaffung der gesamten Zensur in Österreich abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Maßnahme verfehlt sei. (Dena)

Kairo. Die britischen Truppen besetzten nach einer offiziellen Bekanntgabe des britischen Hauptquartiers im Mittleren Osten



Wie der Karikaturist de Gaulle sieht

Systems anstelle des derzeitigen Verhältnisses.

Weiter heißt es: „Die Separatisten, d. h. die Kommunisten, haben zumindest ein Siebentel ihrer Wähler verloren und viele Gemeinderatverträge aufgeben müssen. Dies ist der Beginn eines Rückschlages, der ohne Unterbrechung weiter anhalten wird. Jeder Tag wird klarer beweisen, daß die Separatisten keine französische Partei sind, sondern nur Abgesandte einer fremden Diktatur, der die Armut der Menschheit nur als Sprungbrett für ihre erbarmungslose Herrschaft dient.“

